Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 40 (2021)
Heft: 77

Artikel: Klassismus : eine Intervention
Autor: Kemper, Andreas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055542

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Andreas Kemper

Klassismus – eine Intervention

Klassismus ist die Herstellung und aktive Erhaltung von Klassenverhältnissen. Und Klassenverhältnisse sind durch Ausbeutung geprägt: Die einen sind arm, weil die anderen reich sind. Diesen Ausbeutungen gingen Gewalt und Macht voraus, später sorgt dann die Ausbeutung für grössere Machtunterschiede. Ausgrenzung und die symbolische Gewalt, die die Ausgebeuteten dazu bringt, sich mit den Augen der Herrschenden zu sehen (Kulturimperialismus), sind ebenfalls Merkmale von Klassismus. Klassismus ist also unter dem Blickwinkel der Unterdrückungsaspekte Gewalt, Macht, Ausbeutung, Ausgrenzung und Kulturimperialismus (Young 2011, Kap. 2) zu betrachten, ähnlich wie Sexismus und Rassismus.

Komplexe gesellschaftliche Arbeitsteilung und technologischer Fortschritt prägen die kapitalistische Klassengesellschaft, welche durch die private Aneignung gesellschaftlicher Arbeit in sich widersprüchlich ist. Sie ist durch die Macht der Produktionsmittelbesitzer*innen geprägt, den Arbeitenden nur das Äquivalent ihrer geleisteten Arbeit zurückzugeben, welches sie zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft benötigen, während die Kapitaleigner*innen sich den darüber hinausgehenden Mehrwert aneignen. Bestandteil dieser besonderen Macht ist zum einen ein fünfhundertjähriger Disziplinierungsprozess durch brutale Obdachlosengesetze, Gefängnissysteme und Arbeitshäuser, kurz: die Produktion von Fabrikarbeiter*innen. Zum anderen die Warenförmigkeit des Produktionsprozesses und der Produkte der Arbeit, die das Ausbeutungsverhältnis verschleiern.

Ein Kennzeichen der kapitalistischen Klassengesellschaft ist aber auch die komplexer werdende Klassenreproduktion. Mitte des 19. Jahrhunderts konnte sich Karl Marx in der Frage der Klassenreproduktion noch auf Adam

Smiths Blackbox der «race der Fabrikarbeiterfamilie» (MEW Ergänzungsband 1, 471) beziehen und Friedrich Engels verwies in seinen Ausführungen zur *Lage der arbeitenden Klasse in England* essenzialisierend auf den Rassisten Thomas Carlyle. Spätestens seit dem Sputnik-Schock ist aber klar, dass eine sich generationenübergreifend verbessernde Situation nicht mehr nur den Arbeiter*innenfamilien überlassen werden kann, sondern dass neben den obligatorischen zehn Schuljahren auch immer grössere Teile aus den Arbeiter*innenfamilien studieren müssen.

Das heisst, die Klassenreproduktion ist heutzutage komplex und entsprechend fragil. Noch komplexer wird sie durch Legitimationsprobleme aufseiten der herrschenden Klasse, durch die immer schlechter zu vermittelnde Ideologie der sogenannten Leistungsgerechtigkeit (Jaquet 2018, 56f.).

Klassismus und Proprietarismus

Thomas Piketty arbeitete in seiner Untersuchung *Kapital und Ideologie* heraus, dass die Legitimation von ungleichen Vermögen in kapitalistischen Gesellschaften nicht immer nur mit dem meritokratischen Leistungsgedanken verbunden sei. In den Eigentumsgesellschaften zu Zeiten des Manchester-Kapitalismus wurden die gesellschaftlichen Strukturen, die zu diesen Ungleichheiten führten, mit einem «sakralen Proprietarismus» legitimiert. «Sakraler Proprietarismus» heisst nach Piketty, dass das Privateigentum «die Lösung für alles» sei und man «die Büchse der Pandora» öffne, wenn Fragen der sozialen Gerechtigkeit zugelassen würden. Der sakrale Proprietarismus naturalisiert die Herrschaftsordnung, indem er sich als einzigen Garanten einer (gottgewollten) institutionalisierten Stabilität ausgibt (Piketty 2020, 164f.). Demokratie ist in dieser Ordnung bestenfalls als Ständewahlrecht vorgesehen. Sozial- und Krankenversicherung sind privatisiert, Menschenrechte dem Eigentumsrecht untergeordnet. Der Klassismus wird in dieser Gesellschaft von den Herrschenden nicht als Makel betrachtet. Die meritokratische Ideologie verspricht hingegen Besserung, zumindest die Kinder sollen es einmal besser haben. Tatsächlich benötigte die komplexere Klassenreproduktion ein Mindestmass an Leistungsgerechtigkeit. Mit dem Übergang von der ersten zur zweiten industriellen Revolution und dem fordistischen Produktions- und Akkumulationsprozess scheint die meritokratische zunehmend die sakral proprietaristische Ausrichtung zu ersetzen. Der Sputnik-Schock in den 1960er-Jahren führt in Westdeutschland zur Etablierung der ersten Massen-Unis, der Aufweichung der sehr starken sozialen

Selektion im Bildungssystem, einem finanziellen Bildungszuschuss für Kinder und Jugendliche aus ärmeren Haushalten und so weiter (Graf/Möller 2015, 10). Diese politischen Massnahmen in Richtung Bildungsgerechtigkeit werden Ende der 1970er-Jahre gestoppt, also zeitgleich mit dem Ende der fordistischen Ära und dem Siegeszug der neoliberalen Ideologie.

Mit der Ersetzung der sozialen durch eine «nachhaltige» Familienpolitik 2006 und Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab* (2010) wird die meritokratische zunehmend durch eine neopropretaristische Legitmation ersetzt. Die Familienpolitik ist nun einkommensorientiert – wer mehr verdient, erhält mehr Elterngeld – statt sozialkompensatorisch (wer weniger verdient, erhält einen Ausgleich). Sarrazins sozialeugenische Klassennaturalisierung fand vor allem in Familienunternehmen Anklang. Meine These ist, dass der klassistische Charakter der kapitalistischen Klassengesellschaft vor allem im Klassenreproduktionsprozess deutlich wird: Vermögen und soziale Position sind immer stärker von der sozialen Herkunft (zunehmende Privilegierungen im Bildungssystem/Erbschaften) statt von eigenen Leistungen abhängig.

Bis vor wenigen Jahren wurde der Klassismusbegriff jedoch vor allem als ein Interventionsbegriff innerhalb der Linken benutzt.

Klassismus als Interventionsbegriff in der Linken

Der Klassismusbegriff ist ein Interventionsbegriff, man muss ihn sich mit einem Ausrufezeichen vorstellen. Mit «classism!» wird oftmals in der linken Szene interveniert. So vor 182 Jahren, als der Textilarbeiter Samuel Bamford rückblickend eine Demütigung durch den wohlhabenden Landbesitzer Henry Hunt beschrieb. Bamford und Hunt wurde in den 1820er-Jahren in Manchester der Prozess gemacht. Sie waren englische Radikale und galten als Rädelsführer einer friedlichen Großdemonstration von Arbeiter*innen im Manchester von 1819, die von der Staatsgewalt so brutal aufgelöst wurde, dass sie als das Peterloo-Massaker in die Geschichte einging. Bamford hatte einer Zeugin in eben diesem Verfahren versprochen, dass sie Herrn Hunt die Hand schütteln dürfe, doch der feine Herr liess sich durch einen Diener mehrfach verleugnen. Der Klassismus, schrieb Bamford, sei der Fluch Englands (Bamford 1842, 247f.).

Vor fünfzig Jahren intervenierte ein lesbisches Kollektiv von Arbeiter*innentöchtern aus New York mit dem Namen The Furies. Mit ihren Texten wurde der alte Begriff classism reaktiviert. In einem Text kritisierten sie die gut situierten Linksradikalen, die ihre teuren Kleider wegwarfen, um

sich als das zu kleiden, was sie für Working Class hielten. Sie sollten doch die Klamotten lieber denen schenken, die kein Geld dafür hätten.

Vor zwanzig Jahren intervenierte bell hooks in ihrem Buch *Where we stand. Class Matters* mit dem Begriff classism innerhalb des Feminismus. Die Textstellen mit dem Begriff classism beziehen sich durchgehend kritisch auf den Mittelschichtfeminismus, der Klassenfragen ausblendet.

Ich selber habe ebenfalls vor zwanzig Jahren begonnen, den Begriff «Klassismus» als Interventionsbegriff zu benutzen. Zunächst auch in der Linken. Wir hatten 2002 die Crossover-Conference in Bremen geplant, in denen die Kämpfe gegen «Sexismus, Rassismus, Kapitalismus und Antisemitismus» zusammengeführt werden sollten. Ich machte auf den Kategorienfehler aufmerksam: Müsste es nicht «Sexismus, Rassismus, Klassismus und Antisemitismus» heissen? Es blieb bei «Kapitalismus».

Arbeiter*innenkinder-Selbstorganisierung an Hochschulen

Sehr viel wichtiger und erfolgreicher waren die Interventionen in der Bildungspolitik. Anders als zu Bamfords Zeiten, in denen es kein allgemeines Wahlrecht, keine Sozialpolitik, keine wirkliche Schulpflicht für alle Kinder, sondern Kinderarbeit gab, legitimiert sich der Kapitalismus heute noch weitgehend mit der Ideologie der Meritokratie. Als in Deutschland 1918 die Monarchie gestürzt und das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, wurde auch die Repräsentanz der Studierenden ersetzt. Nicht mehr durch adelige Studentenverbindungen, sondern durch allgemein gewählte Ausschüsse sollte sich die gesamte Studierendenschaft selber repräsentieren, durch die Allgemeinen Studierenden-Ausschüsse (AStA). Diese wurden ab den 1968er-Jahren im Zuge der APO, der ausserparlamentarischen Opposition, für die linke Bewegung so wichtig, dass sie schliesslich Mitte der 1970er-Jahre in Bayern und zwischendurch auch in Baden-Württemberg abgeschafft wurden.

In den Studierenden-Ausschüssen zeigte sich ab Ende der 1970er-Jahre die sogenannte Neue Soziale Bewegung, den gewerkschaftlich-organisierten Gruppen standen die Basisgruppen der Alternativbewegung gegenüber. Dem Politikmodell von Masse und Repräsentation durch Partei und Gewerkschaften stand das Politikmodell der «Politik der ersten Person plural» der autonomen Selbstrepräsentation gegenüber. Vor allem die autonome Frauenbewegung fand sich in der androzentrischen Stellvertretung der Allgemeinheit nicht repräsentiert. Zugleich wurde nach und nach der «Abschied vom Proletariat» (Gorz 1983) vollzogen. Inzwischen hat die Partei Bünd-

nis90/Die Grünen als Erbin der Alternativbewegung die «Politik der ersten Person plural» hinter sich gelassen, ohne sich dem Proletariat wieder anzunähern. Die antiklassistische Intervention hingegen setzt auf die «Politik der ersten Person plural» mit dem politischen Subjekt Proletariat.

An den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland setzten Feministinnen Ende der 1970er-Jahre regelmässig stattfindende «autonome Frauenvollversammlungen» durch, die dort in die Gremien der Studierendenvertretungen gewählten Frauenreferate hatten einen autonomen Status. Diese waren nicht nur für die Entstehung der Frauenforschung, sondern für die Entwicklung der Frauenbewegung und des Feminismus generell von Bedeutung. Auch die kurz danach entstandenen autonomen Schwulen- und Lesbenreferate und die autonomen Referate für chronisch kranke und behinderte Studierende waren für die progressive gesellschaftliche Entwicklung relevant. Während autonome «ausländische Studierendenvertretungen» schon Jahre zuvor bestanden (ASV Münster bspw. seit 1971), kam es jedoch nie zu autonomen Vollversammlungen von studierenden Arbeiter*innenkindern. Wie auch? Die studentischen Gruppen, die dem Proletariat eine Wichtigkeit zuschrieben, lehnten autonome Vollversammlungen aufgrund ihres Politikverständnisses der hierarchischen Repräsentation generell ab, während die auf Autonomie setzende Alternativbewegung sich gerade erst vom Proletariat verabschiedet hatte. Initiativen für eigenständige Gruppen von Arbeiter*innenkindern an Hochschulen gab es durchaus, sie fielen aber zwischen die Stühle (Theling 1986).

Erst dreissig Jahre später, nach 2000, sollte es gelingen, eine erste Vollversammlung von studierenden Arbeiter*innenkindern auf die Beine zu stellen. Ich konnte damals den AStA der Uni Münster überzeugen, dass so etwas sinnvoll sei, immerhin hatte ich die PISA-Ergebnisse im Rücken, die mit zwei Mythen brachen: dass Deutschland das Land der «Dichter und Denker» sei, die deutschen Schüler*innen waren noch nicht einmal Mittelmass; und dass Deutschland meritokratisch sei, also nur Leistung zähle – tatsächlich war Deutschland das Land, in dem soziale Herkunft und Bildungserfolg stärker miteinander gekoppelt war als in allen anderen Ländern (Baumert u. a. 2001, 107, 384f., 395).

Die achtzig studierenden Arbeiter*innenkinder forderten ein autonomes Referat mit bezahlten gewählten Referent*innen, einem eigenen Büro und einem Etat, um erstmals selbstorganisiert die Habitus-Struktur-Konflikte zu erfassen. Dabei geht es nicht zentral um «Anerkennung», sondern um strukturelle Veränderungen. Widerstände gegen diese Selbstorganisierung gab und gibt es aus Kreisen der Antidiskriminierungsszene, die zum

einen das Proletariat negiert, zum anderen Angst um die Finanzierung ihrer Projekte hat, wenn der Antiklassismus auch den Kapitalismus kritisiert oder Marx zitiert. Widerstand gibt es aber auch von der marxistischen Seite, weil der Antiklassismus als reformistische «Identitätspolitik» gelabelt wird, die den Klassenbegriff vernebele.

Trotz dieses Widerstands entstanden an weiteren Hochschulen in Deutschland ab 2019 Vollversammlungen von studierenden Arbeiter*innenkindern. In Marburg, in Köln, in München und Hildesheim wurden in den Studierendenvertretungen politische Selbstvertretungen von Studierenden mit sogenannter ^niedriger¹ sozialer Herkunft eingerichtet. In Greifswald, Potsdam, Berlin, Frankfurt a. M., Mainz, Giessen und weiteren Städten gibt es Initiativen, die (erschwert durch Corona) ebenfalls Vollversammlungen von Arbeiter*innenkindern oder autonome Referate anstreben. Inzwischen sind diese Organisationen bundesweit vernetzt; der Verein zum Abbau von Bildungsbarrieren fungiert als Verband, der die Herausgabe des bundesweiten Magazins *The Dishwasher. Magazin für studierende Arbeiter*innen|kinder* anstrebt.[2]

Diese Selbstorganisierung hat es mit mehreren Problemen zu tun, die als klassistisch klassifiziert werden können. Von den «Five Faces of Oppression» (Young 2011) Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Gewalt und Kulturimperialismus ist die Selbstorganisierung von Arbeiter*innenkindern zumindest mit Marginalisierung, Machtlosigkeit und Kulturimperialismus konfrontiert. Der Name der Zeitung *The Dishwasher* deutet an, dass viele studierende Arbeiter*innenkindern neben dem Studium prekär beschäftigt sind und auch Ausbeutung eine Rolle spielt, Studium, unterbezahlter Job und politisches Engagement sind oftmals schwer zu vereinbaren. Zu Marginalisierung und Machtlosigkeit gesellt sich mit der aktuellen, in den Mainstream-Medien geführten Klassismusdebatte nun auch eine Form von Kulturimperialismus. Seit der Begriff eine bestimmte Bekanntheitsschwelle überschritten hat, also seit etwa einem halben Jahr, diskutiert das deutsche Feuilleton Klassismus. Dabei wird erstens die politische Selbstorganisierung von Arbeiter*innenkindern nicht erwähnt, zweitens der Klassismusbegriff auf die Frage von Anerkennung reduziert und drittens der Begriff umdefiniert, womit der Interventionsbegriff «Klassismus» seiner Wirkmächtigkeit beraubt wird. So etwas nennt sich Kulturimperialismus.

Zum Ende möchte ich noch einmal den Anfang aufgreifen. Der Begriff classism existierte in den 1840er-Jahren, er kommt in verschiedenen Büchern der Zeit vor, ohne gross erklärt werden zu müssen. Dennoch nahm Engels, als er Anfang der 1940er-Jahre die Fabrik seines Vaters in Manchester

besuchte, diesen Begriff nicht auf. Ich vermute, dass hier der soziale Hintergrund wichtig ist. Der «Fluch» des Klassismus drückt sich eben nicht nur im Produktionsverhältnis aus, sondern auch im Habitus. Engels' *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* prognostizierte die englische Revolution auf die 1850er-Jahre und in diese Prognose floss sein Begriff der «Klassizität» ein, die reine Form der Klasse. Diese «Klassenreinheit» gibt es jedoch nicht. Race, Class, Gender vermischen sich und Antisemitismus, Rassismus und Sexismus könnten dazu führen, dass Arbeiter*innen, vor allem Arbeiter, eher völkische als antikapitalistische Parteien wählen (wie z. B. Didier Eribon ausführt). Engels berief sich auf den Rassisten Carlyle, statt streng objektiv (Harding 2005) seine eigenen rassistischen und klassistischen Standpunkte zu hinterfragen.

Auch heute noch steht dem Klassismusbegriff ein deterministischer Begriff der Klassizität gegenüber, der den Antiklassist*innen vorwirft, die Klassenfraktionen des Proletariats zu spalten. Mit Sicherheit haben noch immer Klassentheoretiker*innen mit ^gehobener sozialer Herkunft Einfluss auf die Klassendefinition. Oskar Negt schrieb in einem Essay, dass von einhundert Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in den 1950er-Jahren nur Alfred Schmidt und er selber keine Akademiker*innenkinder seien (Negt 2014, 93).

Abkehr von der Meritokratie: Von Unternehmerunis zu Unternehmerstädten

Mit dem Fokus auf die Klassizität, die «reine Form» der antagonistischen Klassen, werden die Beharrungskräfte ungleichzeitiger Strömungen übersehen. Damit sind unter anderem strömungsübergreifende reaktionäre Diskurskoalitionen gemeint, die parteiförmig zusammenfinden wie zum Beispiel in der deutschen Alternative für Deutschland (AfD); Teile der AfD wollen zurück in die Nazizeit (faschistischer Höcke-Flügel), in den Manchesterkapitalismus (neoliberaler Meuthen-Flügel) oder in die Kaiserzeit (christlich-fundamentalistischer von-Storch-Flügel), wo die adeligen Landesfürsten noch Kirchenfürsten waren. Geeinigt hat sich die Partei auf den Bundestagswahlslogan «Deutschland, aber normal», womit zumindest zurück in die 1950er-Jahre gemeint ist, was bei der Wähler*innenschaft mit überholtem fordistischem Habitus verfängt. Zugleich bauen Fuji und Toyota mit Woven-City in Japan eine neue Form von Fabrikstadt mit der Losung «Software first». Dynamisches Leitbild dieser Smart-City von lebendigen Arbeiter*innen ist die zuvor gebaute rein virtuelle Stadt, in der die wirkliche

Arbeiter*innenstadt mit ihren Bewohner*innen in Echtzeit eingewoben werden soll. Während die toyotistische Woven-City die Front der kapitalistischen Entwicklung sein könnte, gilt dies für den Unternehmerstadt-Hype keineswegs. Die von unternehmerischen Hochschulen (Babson, TU München) vorangebrachte Unternehmerstadt Próspera in Honduras ist in erster Linie ein Entdemokratisierungsprojekt. Es geht um die Wiedereinführung ständischer Wahlen, um die Zeit von vor 150 Jahren wiederherzustellen, in denen es noch keine sozialstaatlichen Regelungen gab, wie Titus Gebel freimütig erzählt. Gebel trat 2019 als Vertreter des Próspera-Unternehmen NeWay für das Projekt während einer Investorentagung auf, die durch TUMint, eine hundertprozentige Tochter der «unternehmerischen Hochschule» Technische Universität München, initiiert wurde. Die TUMint hat sich nach Abschluss der ersten Projektphase aus Próspera, wo jetzt die ersten realen oder elektrischen Einwohner*innen einziehen, zurückgezogen, realisiert aber zugleich Projekte wie Petronia-City in Ghana. Petronia-City wird von einem Milliardär aus Ghana finanziert und ist stolzes Mitglied der in Dubai gegründeten «World Free Zones Association».

Dieser Exkurs in aktuelle Entwicklungen des Kapitalismus soll zum einen zeigen, dass die meritokratische Ideologie nur für eine bestimmte Phase des Kapitalismus steht (vgl. Piketty). Sogenannte «Libertarians» wie Titus Gebel oder Hans-Hermann Hoppe «argumentieren» sakral proprietaristisch und nicht meritokratisch. Die nicht mehr meritokratisch zu rechtfertigende, immer grösser werdende Erbschaftsschere lässt dies opportun erscheinen. Zum anderen kann aber auch nur deshalb eine Tochterfirma einer Hochschule derart demokratiefeindlich auftreten, weil eine demokratische Kontrolle seitens der Betroffenen fehlt.

Auch an der Ludwig-Maximilians-Universität in München ist im letzten Jahr ein Antiklassismusreferat entstanden – es verfügt über einen lächerlichen Etat von circa 300 Euro jährlich. Meine These: Hätte es vor Jahren bereits eine verfasste Studierendenschaft an der TU München mit einem finanziell angemessen ausgestattetem Antiklassismusreferat gegeben, hätte eine Investorenkonferenz der TUMint für ein klassistisch-antidemokratisches Projekt wie die «Privatstadt Próspera» nicht so einfach durchgezogen werden können. Es geht bei diesen sich formierenden Antiklassismus-Referaten und Arbeiter*innenkinder-Vollversammlungen nicht darum, als «Talentscouts» einzelnen Arbeiter*innenkindern Karrieren zu ermöglichen. Working Class Students und Working Class Academics sind «Straddler*innen», sie stehen mit einem Bein in der arbeiterlichen Herkunftskultur und mit dem anderen Bein in der aktuellen akademischen Kultur. Dies droht die

Working Class Students zu zerreissen. Viele brechen daher das Studium ab, andere brechen mit den Leuten ihrer Herkunft. Das heisst, der Habitus-Struktur-Konflikt wurde bislang nicht gelöst, indem die «scholastische» und unternehmensgeleitete Struktur der Hochschulen verändert wurde, sondern er wurde gelöst, indem die Working Class Students die Hochschulen frustriert verliessen oder indem sie ihren Habitus an die bürgerliche Hochschulkultur anpassten.

Mit der Entstehung der Antiklassismusbewegung von Working Class Students besteht nun die Möglichkeit, die Struktur des Bildungssystems zu ändern, die Hochschulen organisch-intellektuell zu proletarisieren, das heisst zu demokratisieren.

Anmerkungen

1 Das Dachzeichen ^ dient der Markierung von Wörtern, die gesellschaftliche Verhältnisse und Prozesse vertikal abbilden und damit werten, was sich an den Begriffen ^Aufwertung und ^Abwertung paradigmatisch ablesen lässt: Das ^Hochwertige wird oben (^Oberschicht), das Minderwertige unten (^Unterklasse) abgebildet. Mit dem Dachzeichen soll eine unbewusste Wertung durchbrochen werden.

2 Der erste bundesweit herausgegebene *Dishwasher* erscheint Ende September 2021 (dishwasher-magazin.de/).

Literatur

Bamford, Samuel, 1842: Passages in the Life of a Radical. Chilworth/London 1842

Baumert, Jürgen u. a. (Hg.), 2001: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen

Eribon, Didier, 2016: Rückkehr nach Reims. Berlin

Jaquet, Chantal, 2018: Zwischen den Klassen. Über die Nicht-Reproduktion sozialer Macht. Konstanz

Gorz, André, 1983: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus. Reinbek b. Hamburg

Graf, Angela / Möller, Christina, 2015: Bildung macht Eliten. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit. Frankfurt a. M.

Harding, Sandra, 2005: Rethinking Standpoint Epistemology. What is «Strong Objectivity»? In: Cudd, Ann E. / Andreasen, Robin O. (Hg.): Feminist Theory: A Philosophical Anthology. Oxford

Negt, Oskar, 2014: Philosophie des aufrechten Gangs. Streitschrift für eine neue Schule. Göttingen

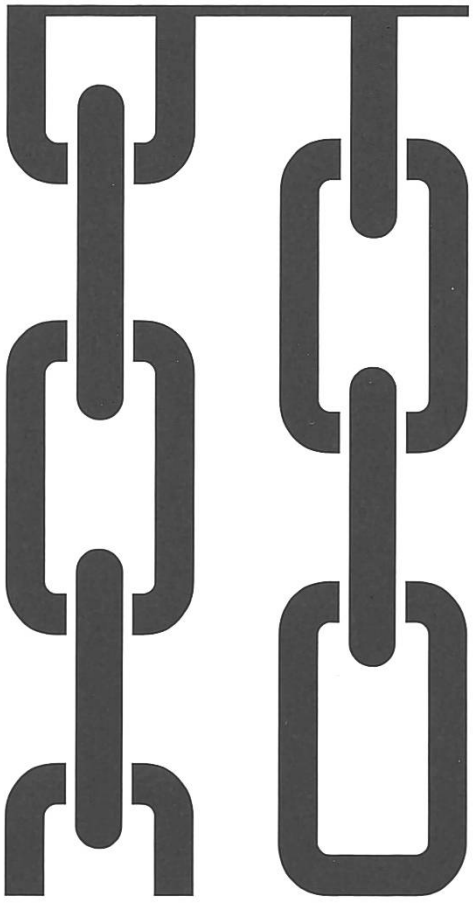
Theling, Gabriele, 1986: Vielleicht wäre ich als Arbeitertochter glücklicher geworden. Münster

Young, Iris M. 2011: Justice and the Politics of Difference. Princeton

Neue Wege

Zeitschrift für
Religion
Sozialismus
Kritik

neuewege.ch



10.21
Tier.Befreiung. Theologie
Felicitas Hoppe
Simone Horstmann
Markus Wild

11.21
Humor
Fatima Moumouni
Eddie Ramirez
Anna Rosenwasser

12.21
Universalität der Menschenrechte
Nina Burri
Helena Jeppesen
Katrin Meyer

Schnupperabo
3 Heftausgaben

15.–

Bestellung:
Neue Wege
Postfach
CH-8048 Zürich
044 447 40 46
info@neuewege.ch